

www.revolution.de.com

Mobilize

Dienstag, 1. Mai

Revolutionärer 1. Mai in Berlin:
09 Uhr, Wittenbergplatz, Gewerkschaftsdemo
13 Uhr, Oranienplatz, Demonstration Teil 1
17 Uhr, Lausitzer Platz, gemeinsame Kundgebung
18 Uhr, Lausitzer Platz, große Demonstration
☛ www.1mai07.de.vu
Antikapitalistischer Block in Braunschweig:
11 Uhr, Burgplatz, vor dem „deutschen Haus"
☛ www.revolution-wolfsburg.de.vu

Samstag, 19. Mai

Solikonzert fürs Ungdomshuset
21 Uhr, Jugendhaus Ost, Wolfsburg
☛ www.revolution-wolfsburg.de.vu

Samstag, 2. Juni

Großdemonstration gegen den G8-Gipfel
☛ www.g8-2007.de
☛ www.antig8.tk

6.-8. Juni

G8-Gipfel in Heiligendamm bei Rostock
☛ www.g-8.de (offizielle Seite)

Café Rojo

Das rote Jugendcafé in Schöneberg/Kreuzberg
★ jeden Freitag um 17 Uhr in der Roten Insel ★
Mansteinstr. 10 ★ U+S-Bhf Yorckstraße

04.5.: Antifa in den 90ern

„Antifa" war eine bundesweite Jugendbewegung – mit Bernd Langer, Aktivist von damals

11.5.: Paramilitärs in Kolumbien

In Kolumbien terrorisieren Privatarmeen die Linke – mit einer Doku über Paramilitarismus

18.5.: Die G8 und Armut

Die Politik der G8 hält Milliarden in Armut. Außerdem: Wie mobilisieren wir auf Schulen?

25.5.: Proteste gegen G8

Eine Woche von Protesten und Aktionen: Wie können wir uns darauf vorbereiten?

01.6.: letzte Vorbereitungen

Die Demo ist morgen!!! Was ist noch zu tun?

Änderungen vorbehalten!

☛ www.caferojo.de.vu

Ein paar Worte vom Layouter...

Diese Ausgabe entstand zu einer ziemlich chaotischen Zeit. Die Organisierung des Berliner Schulstreiks liess uns wenig Zeit für redaktionelle Arbeit übrig – es könnte sein, dass in dem einen oder anderen Artikel der Kapitalismus gelobt wird – und wir bitten um Entschuldigung für die vielen Tippfehler.

Nun geht es darum, alle Kräfte in die Mobilisierung gegen die G8 zu stecken. Dafür bereiten wir auch eine ganz besondere REVOLUTION-Zeitung vor.

Berlin, 26. April 2007

Liebe Revo...

Gegen NPD-Wahlkampf in Burg

Am 7. April fanden in Burg (Niedersachsen) diverse Wahlkampfveranstaltungen der NPD statt. Die Stadt war überfüllt von Polizei, die die Personalien einer jeden Person aufnahm, die auch nur ansatzweise „links" aussah.

Der Lichtblick des Tages war, dass es einigen AntifaschistInnen gelang, in der Nähe des NPD-Standes ihre Transparente zu entfalten. Der NPD-Stand wurde daraufhin von der Polizei abgeriegelt, was dafür sorge, dass kaum PassantInnen einen Blick auf die braune Propaganda warfen. Der Stand, der bis 18.00 Uhr angemeldet war, wurde so bereits gegen 14.30 Uhr abgebrochen.

von Rod aus Wolfsburg | Artikel geht weiter auf: http://de.indymedia.org/2007/04/172707.shtml

Demo gegen den EU-Gipfel

Circa 1.500 Menschen demonstrierten am 25. März gegen einen Gipfel der Europäischen Union. Hauptsächlich bestand die Demo aus Antifas, Autonomen und KommunistInnen.

Vorneweg lief der antikoloniale und antikapitalistische Block, wo auch Revo mitlief. Die Demonstration, die eigentlich am Pariser Platz hätte Enden sollen, verlief zunächst ohne größere Zwischenfälle, bis sie am Spreeufer an der Überquerung der Brücke durch mehrere Hundertschaften Kampfbullen gehindert wurde.

Nachdem die Demo aufgelöst worden war, hinderten die Helmbullen die DemonstrationsteilnehmerInnen am betreten des Europafests, welches in und um den Pariser Platz stattfand, und führten sie durch Spaliere zum S-Bahnhof Hackescher Markt. Im Allgemeinen ein ziemlich langweiliger Protesttag.

von Ernie aus Kreuzberg

Brief von Mario Bango

(Mario sitzt seit März 2001 im Gefängnis, weil er sich gegen einen Naziangriff verteidigte. Wir schickten ihm rund 100 Unterstützungsunterschriften.)

Ich bin froh, dass so viele GenossInnen an mich denken, vor allem die GenossInnen von [der linken baskischen Jugendorganisation] SEGI, für die ich Sympathie empfinde. Ich träume von dem Tag, an dem ich frei komme und euch alle sehen kann.

Im Oktober könnte ich möglicherweise eine Haftentlassung bekommen – das wäre ein großer Erfolg.

von Mario aus einem Gefängnis in Bratislava
Mário Bango / PS41 / 019–17 ILAVA / Slowakei

REVOLUTION-Konferenz in Zürich

Dieses Wochenende hielt die Schweizer Sektion der internationalen kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION ihre erste bundesweite Konferenz ab. In einem Raum über einem italienischen Restaurant in Zürich (mit alten sozialistischen Zeitungen aus Italien an den Wänden, einige von 1905) kamen zehn RevolutionärInnen aus den Städten Bern und St. Gallen zusammen, um Pläne für die Weltrevolution zu schmieden. Auch anwesend war ein Genosse von REVOLUTION Germany sowie Gäste von Permanent Revolution (PR) aus England und der Arbeitsgruppe Marxismus (AGM) aus der Schweiz.

Die Konferenz begann mit dem Aufhängen eines nagelneuen REVOLUTION-Transparents: „Rock the 1. Mai!" Dann gab es kurze Vorträge über die Arbeit der Schweizer Revo-Gruppen bis jetzt: die Gruppe in St. Gallen gründete sich im Herbst 2005, die Gruppe in Bern rund ein Jahr später, aber beide sind schnell gewachsen, in dem sie laute Demoauftritte und Veranstaltungen über marxistische Politik organisiert haben. Es gab auch Vorträge über die Arbeit von Revo in anderen Ländern und über PR, die AGM und den Status unseres Genossen Mario Bango, der seit sechs Jahren in der Slowakei in Haft sitzt.

Bericht geht weiter auf: www.revolution.ch.tc



I hate G8

„Anfang Juni kommen die Staats- und Regierungschefs der acht mächtigsten Länder für ein Gipfeltreffen in Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Fast 100 Millionen Euro sollen dazu vergeudet werden, DemonstrantInnen vom Gipfel fern zu halten. Die „Gruppe der 8", kurz G8, ist verhasst, denn ihre Gipfel sind ein Symbol für die Misere der Welt."

Den internationalen Aufruf gegen die G8 von REVOLUTION gibt es auf Englisch, Deutsch, Tschechisch und Spanisch auf unserer Website:

www.irevolution.int.tc

Schweizer REVOLUTION-Zeitung

Auch in der Schweiz ist die unabhängige kommunistische Jugendorganisation REVOLUTION aktiv. REVO/CH hat ihre erste Zeitung herausgebracht:
☛ www.revolution.ch.tc



Wo ist dein Bericht/Leserbrief?

Schick ihn an: info@revolution.de.com

No time to waste!

Bildet Anti-G8-Gruppen an Schulen, um die Mobilisierung gegen die G8 in Gang zu bringen!

In nicht mehr als sechs Wochen findet der G8 Gipfel statt. Vom 6-8. Juni schotten sich die Staats- und Regierungschefs der sieben mächtigsten Wirtschaftsnationen plus Russland zum Gipfeltreffen in Heiligendamm bei Rostock ab, um angeblich die Probleme der Welt im kleinen Kreis zu lösen. Diese Treffen dienen dem Ausgleich wirtschaftlicher und politischer Interessen der beteiligten Staaten. Diese acht Regierungen entscheiden über Angelegenheiten, die rund sechs Milliarden Menschen betreffen, aber dazu sind sie weder fähig noch legitimiert.

Die G8 gilt weltweit als Symbol für den globalen Kapitalismus. Um sich dem Gipfel entgegenzusetzen, organisiert sich bereits ein breites Spektrum verschiedenster globalisierungskritischer Initiativen und Bewegungen. Doch es finden sich wohl genauso viele, die zwar vom G8-Gipfel wissen und auch etwas dagegen tun wollen, doch nicht wissen was und wie.

Und weil alleine kämpfen nicht nur langweilig sondern meistens auch uneffektiv ist, lautet die Losung: **GO GET ORGANIZED!**

Welcher Ort eignet sich für diesen Zweck wohl am besten? Richtig geraten, der Ort, an dem sich Tag für Tag die meisten Jugendlichen befinden: die Schule. Damit möglichst viele SchülerInnen an der internationalen Großdemonstration und den Protesten gegen den Gipfel teilnehmen, müssen wir an jeder Schule Anti-G8-Gruppen aufbauen, um Informationen zu verbreiten und die Mobilisierung vor Ort zu organisieren.

Wendet euch zuerst an FreundInnen und Bekannte, um die Sache überhaupt ins Rollen zu bringen. Alle SchülerInnen, die etwas gegen den G8-Gipfel auf die Beine stellen wollen – egal ob von Antifa-Gruppen, sozialistische Organisationen, den Grünen, der Gewerkschaft, der Schülervertretung oder von gar keiner Gruppe – sollen regelmässig zusammenkommen und planen, wie man möglichst viele SchülerInnen in die Proteste einbindet. Aber vergesst die Publicity nicht: Bewerbt eure Treffen mit Aushängen und Plakaten, damit bekannt wird, dass es eine Anti-G8-Gruppe gibt.



Man muss sich aber auch über die Politik der G8 informieren: bei den Gruppentreffen soll man auch inhaltliche Themen besprechen. Es braucht jedoch Zeit, bis sich ein gewisses Maß an Eigendynamik entwickeln kann. Deshalb sollte man sich schon im Vorfeld darauf einstimmen, Themen vorzubereiten, zum Beispiel die Armut in der Welt oder die bisherigen Anti-G8-Proteste.

Es geht auch darum, sich auf die Proteste dieses Jahr vorzubereiten. Wie soll der Protest aussehen? Was ist vort Ort geplant? Solche Themen stoßen bestimmt auf reges Interesse, und damit sind wir für die Demonstration in Rostock in bester Form.

Dann einfach an der Schule mobilisieren: mit Flugblättern, Plakaten, Transparenten, Treffen in den Pausen, Theaterstücken, Quiz-Spielen, was auch immer – seid kreativ! Wenn ihr Ideen braucht, könnt ihr euch an REVOLUTION wenden. Vernetzt euch mit anderen Anti-G8-Gruppen an Schulen, damit SchülerInnen aus ganz Berlin mitfahren.

Schliesslich sind wir Jugendliche in der kapitalistischen Gesellschaft von vielen Problemen konfrontiert, ob Arbeitslosigkeit, schlechte Schulen oder Ausbildungsplatzmangel. Darauf gibt es nur eine Antwort: selbst aktiv zu werden und zu kämpfen! Lasst uns den G8-Gipfel nutzen, um möglichst viele junge Menschen zu politisieren. Denn eine andere Welt ist möglich, wenn wir für eine Revolution kämpfen. Und diesen Kampf kann man schon in der Schule beginnen.

Von der Schule nach Heiligendamm!

von Jolene aus Moabit

Die Proteste vor Ort

2. Juni: internationale Großdemo in Rostock
3. Juni: Aktionstag zu Landwirtschaft
4. Juni: Aktionstag zu Migration – Protestaktionen vor Abschiebebehörden
5. Juni: Aktionstag zu Militarismus – Blockaden des Flughafens Rostock-Laage
6. Juni: Blockaden des G8-Gipfels und Beginn des Alternativgipfels
7. Juni: Sternmarsch nach Heiligendamm und großes Konzert mit Herbert Grönemeyer
8. Juni: letzte Blockaden und Aktionen

Nach der G8 muss der Kampf weitergehen...



REVOCAMP

internationales Camp für revolutionäre Jugendliche 23.-27. Juli in Tschechien

Unmengen von Leuten werden an den Protesten gegen die G8 im Juni teilnehmen. Aber was kommt danach?

Armut, Arbeitslosigkeit, Klimawandel, Kürzungen in der Bildung und Kapitalismus wird es weiterhin geben. Deshalb müssen wir uns über die G8 hinaus organisieren, um dieses ganze System zu bekämpfen.

Dazu ist das REVOCAMP da. Bereits zum fünften Mal treffen sich Dutzende junge RevolutionärInnen aus verschiedenen Ländern in Tschechien für eine Woche Diskussionen, Workshop, Seminare, Filme, Partys, Spiele und Spaß.

Man kann für wenig Geld mit dem Wochenendticket hinfahren – das Camp kostet etwa 70 Euro inklusive Essen und Verpflegung. Wenn du dabei sein willst, melde dich jetzt bei REVOLUTION!
info@revolution.de.com

Warum streiken wir?

Gründe gibt es genug: der Mangel an Ausbildungsplätzen und die Zustände in den Schulen



Auch 2006/07 bekamen nur etwa ein Drittel der Suchenden einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Von der Mehrheit, die ohne dasteht, können sich einige noch über ein „Berufsvorbereitendes Jahr" (BVJ) freuen, das einem ungefähr gar nichts bringt. „Vater Staat" hat eineN erstmal irgendwo untergebracht – einE ArbeitslosE weniger! – und nächstes Jahr darf man wieder sein Glück versuchen.

Alle, die zu dem glücklichen Drittel gehören und eine Ausbildungsstelle bekommen, haben dann zwar ein paar Jahre „Sicherheit", aber eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung entspricht einem Lottogewinn. Der Großteil der Azubis kann nach Abschluss der Ausbildung gleich wieder beim Jobcenter antanzen.

Die Unternehmen wollen eigentlich keine Azubis haben, denn die sind schlechter auszubeuten als gelernte ArbeiterInnen. In dem harten Kampf der Unternehmen um Aufträge und Profite ist jede Belastung eine Belastung zu viel. Deshalb wird auf Ausbildung verzichtet, werden Löhne gedrückt, die Arbeitszeit erhöht und ArbeiterInnen entlassen.

Durch die immer kleiner werdende Zahl an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen wird die Konkurrenz bei Azubis und Arbeitssuchenden immer größer. Nur noch die „Besten" werden genommen.

Das führt dazu, dass sich die Ware Bildung immer mehr verteuert. Schon jetzt hängt in Deutschland die Bildung besonders stark vom Geldbeutel der Eltern, von der sozialen Herkunft der Kinder ab – das kritisierte erst kürzlich sogar die UNO. Durch die Einführung von Studiengebühren und die Kürzungen im Bildungsbereich werden die Lebenschancen von ärmeren Kindern massiv verschlechtert.

Am 13. September 2006, am Mittwoch vor den Abgeordnetenhaus-Wahlen in Berlin, haben fast 10.000 Berliner SchülerInnen gestreikt und gegen die Kürzungspolitik des Berliner Senats demonstriert. Von Anfang an haben wir klargemacht, dass der Bildungsraub nur ein Teil des Sozialabbauprogramms der Regierenden ist. VertreterInnen der Schülerinitiative „Bildungsblockaden einreißen!" waren deshalb bei den streikenden PflegerInnen der Charité und bei der Protestveranstaltung der Lehrergewerkschaft GEW. Charité-ArbeiterInnen und die SchülerInnen gaben auch eine gemeinsame Presseerklärung heraus.

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen! Der Staat soll doch an den Milliarden-Subventionen und Steuererleichterungen sparen, wenn er Geld braucht. Wir werden uns nicht auf Standortkonkurrenz und Profitjagd einlassen. Wir haben beschlossen, dass wir uns jetzt gegen die ständigen Angriffe wehren!

Während wir den Streik letztes Jahr auf eigene Faust durchführten, wollen wir jetzt Seite an Seite mit ArbeiterInnen und LehrerInnen protestieren. Der Schulstreik am 24. April, zusammen mit der „Workparade" der GEW und der DGB-Jugend, war ein richtiger Schritt in diese Richtung.

Der Senat, so „rot" er auch sein mag, ist nicht in der Lage, die Bildungs- und Ausbildungssituation in Berlin zu verbessern, weil er die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft für unveränderbar hält. Wir akzeptieren diese Logik aber nicht und werden für gute Bildung kämpfen, auch wenn wir den Kapitalismus dafür stürzen müssen.

Die Schülerproteste werden zweifellos weitergehen. Erfolg werden sie aber nur dann haben, wenn sie sich mit Protesten der ArbeiterInnen verbinden. Wir fordern...

- ★ keine Studiengebühren! Studienplätze für Alle!
- ★ Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems!
- ★ Lernmittelfreiheit, kleinere Klassen und mehr LehrerInnen!
- ★ Ausbildungsplätze mit unbefristeter Übernahme für Alle!
- ★ selbstbestimmtes Lernen! SchülerInnen müssen die Schule selbst kontrollieren!
- ★ Solidariät zwischen SchülerInnen, Studierenden, ArbeiterInnen und Arbeitslosen!

von Jalava aus Kreuzberg

Rock the 1. Mai!

Aufruf von REVOLUTION Schweiz zu den Demonstrationen am ersten Mai

Requiem auf den Kapitalismus

Der Kapitalismus ist seit fast 200 Jahren das herrschende gesellschaftliche System. Heute gibt es keinen Aspekt des gesellschaftlichen Lebens, der nicht von der kapitalistischen Profitmentalität durchdrungen ist.

„Gibt es Profit, ist es gut, wenn nicht, dann weg damit!" – Nach diesem Grundsatz werden Schulen, Unternehmen und Kriege geführt. Der Kapitalismus hat die Menschheit zweimal in einen Weltkrieg gestürzt, hat uns 200 Jahre Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse beschert und er hindert uns an einer freien solidarischen Lebensweise. Wir wollen nicht mehr Sklaven dieser mörderischen Maschinerie sein!

Es ist an der Zeit, die monotone Melodie der gesellschaftlichen Ausbeutung und Unterdrückung aus unseren Köpfen zu verbannen!

Demotivierte Backgroundsänger

Die etablierten Linken von Sozialdemokratie, Gewerkschaft, Kirchen mit sozialem Engagement und NGOs bieten keine brauchbare Alternative zu diesem System. Anstatt wirkliche Veränderungen zu erkämpfen, verraten sie die ArbeiterInnenklasse zu Gunsten von kleinen Tagesforderungen. Sie arrangieren sich mit der kapitalistischen Wirtschaft und dem bürgerlichen Staat zur Verfolgung ihrer eigenen Interessen. Dieser Verrat geht bis zum Einsatz bewaffneter Kräfte gegen Linke und die ArbeiterInnenklasse. Die ArbeiterInnenklasse braucht eine wirkliche Perspektive für ihre Kämpfe und nicht einfach eine nur „etwas bessere Lage". Sozialismus für die ArbeiterInnen statt Sozialreform für die Reichen!

Straighte Riffs in Richtung Revolution statt reformistische Zwischenspiele!

Rocking revolutionaries!

Wir RevolutionärInnen haben genug vom Elend des Kapitalismus. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, in der alle Menschen sich frei entfalten können. Wir wollen den Kommunismus! Dafür treten wir am ersten Mai, dem Tag der Arbeit ein. Lautstark gegen Faschisten, Reaktion und Reformisten. Für eine bessere Gesellschaft!

Für Revolution und Sozialismus!
Keep the party going on!



RevolutionärInnen & Gewerkschaften

Wie soll die radikale Linke mit DGB und Co. umgehen?

„Gewerkschaft“ – fast klingt es wie „*Gewehr-schaft*“. Und ein Gewehr ist eine Waffe. Die Gewerkschaften sollten Kampforgane der Arbeiterklasse sein. Doch Kampforgane sind die Gewerkschaften in Deutschland nur in Ausnahmefällen. Meistens erlebt man DGB, IG Metall, Ver.di usw. als bürokratische Ungeheuer, die durch korrupte FunktionärInnen an Staat und Konzerne gebunden sind.

KommunistInnen werden Mitgliedschaft und Mitarbeit im DGB verwehrt, während die Todfeinde der Arbeiterklasse, die Polizei, sogar in den Reihen der Gewerkschaft organisiert werden. Dabei wird eine Politik gefahren, die offensichtlich nicht den Interessen der ArbeiterInnen entspricht. Die Zustimmung zu Absenkungstarifverträgen und Arbeitsplatzabbau, der offen propagierte Standortnationalismus, die engen Bindungen zur Sozialdemokratie – das ist mehr als „schlechte Politik“. Diese Politik entspricht den Interessen der Gewerkschaftsbürokratie.

Diese Bürokratie ist mehr als ein abstrakter Begriff. Sie ist eine privilegierte Kaste, die durch das System der Sozialpartnerschaft mit dem Kapitalismus verbunden ist. Diese Verbindung ist jedoch keine bewusste Handlung weniger FunktionärInnen, sondern ein Unterdrückungsmechanismus, der dem kapitalistischen System innewohnt. Die Gewerkschaften suchen keinen Sieg der ArbeiterInnen über das Kapital zur revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft, sondern die ständige Vermittlung zwischen beiden Klassen.

Der Kapitalismus schafft eine so genannte „Arbeiteraristokratie“. Diese ProletarierInnen werden weniger heftig ausgebeutet als ihre KlassengenossInnen und werden so an die herrschende Klasse gebunden. Ihre Loyalität zum Kapital beruht auf der Hoffnung, ihre privilegierte Position im Verhältnis zur Masse der ArbeiterInnen zu sichern und auszubauen.

Die Perspektive

Der DGB hat rund sieben Millionen Mitglieder, er ist die größte Arbeiterorganisation Deutschlands. Keine Revolution, kein Generalstreik ist ohne die Teilnahme der DGB-Basis vorstellbar. Um an diese Basis heran zu kommen, müssen RevolutionärInnen in den großen Gewerkschaften arbeiten. Wir lehnen es ab, winzige „revolutionäre“ Ersatzgewerkschaften zu bilden, denn dafür muss man sich aus den Massengewerkschaften zurückziehen und damit die Basis den reformistischen FunktionärInnen überlassen. Es ist notwendig, dass wir dem reformistische Konzept der Gewerkschaftsführung eine revolutionäre Perspektive entgegenstellen und eine Fraktion innerhalb der Gewerkschaften bilden. Diese Fraktion muss die Widersprüche zwischen Basis und Führung ausnutzen und breite Oppositionsbewegungen gegen die Gewerkschaftsbürokratie unterstützen bzw. selbst aufbauen.

Dabei reicht es nicht, die Reformisten zu kritisieren – wir müssen die Gewerkschaftsführungen zu konkreten Aktionen auffordern. Dabei geht es geht nicht darum, als Bittsteller vor die Gewerkschaftsführung zu treten, sondern darum, an der Basis zu agitieren und damit die Bürokratie unter Druck zu setzen. Diese Strategie bringt uns in eine äußerst vorteilhafte Position, die eine doppelte Funktion ausführt. Beugt sich die Gewerkschaftsführung diesem Druck, nimmt sie an den Aktionen teil und es kommen sinnvolle Aktionen zustande. Weigert die Bürokratie allerdings, entlarvt Sie sich selbst als Feind der Basis und diese kann einen Schritt in Richtung eigenständige Organisierung gehen.

Die Kämpfe

Immer wieder kommt es zu Jugendprotesten: neben der Massenbewegung gegen das CPE in Frankreich könnte man auch die Schulstreiks der letzten Monate in Deutschland nennen. Diese Proteste sollten sich an den Gewerkschaften orientieren, denn Jugendproteste sind eine gute Möglichkeit, die Radikalisierung der Gewerkschaftsbasis voranzutreiben. Wir können in der Praxis zeigen, dass radikale Antworten auf die Angriffe von oben möglich und effektiv sind.

Eins jedoch ist klar: Es ist unmöglich, den bürokratischen Appart der Gewerkschaften für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen. Wenn sich der Klassenkampf zuspitzt ist es möglich, weite Teile der Basis für die Revolution zu gewinnen. Erst wenn es innerhalb der Gewerkschaft eine bedeutende revolutionäre Basisbewegung gibt, macht eine revolutionäre Gewerkschaft Sinn.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe sind „Schulen für den Sozialismus“. In ihnen lernen die ArbeiterInnen sich als Klasse gegen die Kapitalisten zu organisieren und für ihre gemeinsamen Interessen zu kämpfen. Aber solche Kämpfe für höhere Löhne, Tarifverträge usw. bleiben im Rahmen des Kapitalismus und führen nicht automatisch dazu, dass die ArbeiterInnen antikapitalistische Schlussfolgerungen ziehen. Deshalb müssen KommunistInnen, wenn sie an gewerkschaftlichen Kämpfen teilnehmen, immer eine revolutionäre Perspektive aufzeigen und Aktions- und Organisationsformen vorantreiben, die die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung in Frage stellen.

RevolutionärInnen können nicht einfach als „kämpferische GewerkschafterInnen“ auftreten und hoffen, dass ein antikapitalistisches Bewusstsein von alleine entsteht. Sie müssen als AktivistInnen arbeiten, die für eine ganz andere Gesellschaft kämpfen. Nur mit einer revolutionären Organisation oder Partei im Rücken können sie diesen Kampf systematisch führen.

Wir müssen die Gewerkschaften in politische Kämpfe einzubinden versuchen. Auch, und gerade, im Kampf gegen den Faschismus sind wir auf eine vereint kämpfende Arbeiterklasse angewiesen. Der Kampf gegen eine erstarkende faschistische Bewegung lässt sich nicht allein von einer kleinen, sich abgrenzenden Gruppe von Antifas gewinnen. Der Faschismus hat nach wie vor das Potential, eine Massenbewegung aufzubauen. Diese faschistische Massenbewegung wird erneut versuchen, die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen, und deshalb müssen wir der gewerkschaftlichen Basis die Wichtigkeit des antifaschistischen Kampfes klar machen und sie in antifaschistischen Aktionen einbinden. Denn nur mit einer eigenen antifaschistischen Massenbewegung können wir den Faschismus besiegen.



Wieder ein langweiliges DGB-Plakat – soll man mit diesen Leuten zusammenarbeiten?

Die Demokratie

Der gewerkschaftlichen Bürokratie muss der Kampf angesagt werden. Deshalb müssen wir eine vollständige Demokratisierung der Gewerkschaften fordern: FunktionärInnen müssen von der Basis gewählt und kontrolliert werden. Sie dürfen nicht mehr als einE durchschnittlicheR ArbeiterIn verdienen. Alle gewerkschaftlichen Kämpfe müssen von Massenversammlungen und gewählten VertreterInnen der ArbeiterInnen geführt werden. Weiterhin muss jeder politischen Tendenz, die die Interessen der ArbeiterInnen verteidigt, die Möglichkeit zur Mitarbeit gegeben werden.

Besonders wichtig ist die Forderung nach der Demokratisierung in der Gewerkschaftsjugend. Die jungen ArbeiterInnen in den Gewerkschaften müssen sich selbst verwalten können. Dabei lernen sie, sich selbst im Kampf für ihre Rechte zu organisieren.

Wir treten auch für die Schaffung einer SchülerInnengewerkschaft ein. Diese muss für die Rechte aller SchülerInnen kämpfen und sich dabei an die Arbeiterbewegung und nicht an die Elternkonferenz oder das Bildungsministerium anlehnen. Ein Großteil der SchülerInnen ist die zukünftige arbeitende Klasse. Sie müssen bereits frühzeitig in die Kämpfe der Arbeiterbewegung einbezogen integriert werden. Eine SchülerInnengewerkschaft müsste ein Teil des DGBs sein, von ihm unterstützt und gefördert werden, dabei jedoch trotzdem unabhängig bleiben.

Gewerkschaften sind Organisationen der gesamten Arbeiterklasse. KommunistInnen müssen in ihnen mitarbeiten, für die Herausbildung eines Klassenbewusstseins kämpfen und sie nach und nach „revolutionieren“, um sie zu wirklichen Kampforganen der Arbeiterklasse zu machen. Damit es bald nicht mehr um den Kampf für mehr Lohn, sondern dem Kampf gegen das Lohnsystem geht.

Also tretet in die Gewerkschaften ein! Kämpft innerhalb der Basis gegen die Bürokratie und für eine Politik des Klassenkampfes!

von Sceles aus Wolfsburg

Coca-Cola Boykott an Berliner Schule

Interview mit einer Aktivistin der „Coca-Killer“-Kampagne

In der Cafeteria der Paul-Natorp-Oberschule in Berlin-Schöneberg werde keine Coca-Cola-Produkte mehr verkauft. Wieso beschloss das die Schülervertretung?
Es ist bekanntgeworden, daß Coca-Cola seine Milliardengewinne mit ziemlich unlauteren Methoden erzielt. In Kolumbien unterstützt der Konzern Mord und Unterdrückung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, in Indien verbraucht und verseucht er das Trinkwasser. Das wollten wir nicht hinnehmen.

Wie kam es dazu?
Von den Vorwürfen gegen Coca-Cola haben wir auf einer Infoveranstaltung erfahren. Kolumbianische Gewerkschafter sind durch die Welt gereist, um auf die Verbrechen in ihrem Land aufmerksam zu machen. Ein Student hat auf der Veranstaltung erzählt, daß an vielen Unis der Boykott von Coca-Cola-Produkten beschlossen wurde, unter anderem an der Universität der Künste und der Freien Universität in Berlin. Da haben wir uns entschieden, das an unserer Schule auch anzuregen.

Wir haben den Vorschlag der Schülervertretung unterbreitet, und sie waren dafür. Da unsere Cafeteria selbstverwaltet ist, war es kein Problem Cola, Fanta und Sprite aus dem Sortiment zu nehmen. Außerdem haben wir Plakate aufgehängt und Flugblätter verteilt, die den Boykott begründen und darauf hinweisen, welche Getränke, bei denen man es nicht erkennt, auch von der Coca-Cola Company vertrieben werden. Jetzt wollen wir noch eine Veranstaltung organisieren – schließlich war bei uns auch eine Veranstaltung Auslöser für das Engagement.

Wie reagieren die Schüler am Natorp-Gymnasium auf diesen Boykott?
Sie stehen dahinter. Schon als in der Cafeteria noch die Restbestände an Cola ausgeschenkt wurden, haben viele sich eher ein anderes Getränk gekauft und sich gegenseitig auf den Boykott hingewiesen.

Gab’s schon eine Reaktion der Schulleitung oder des Coca-Cola-Konzerns?
Der Schulleiter war nicht prinzipiell gegen den Boykott, hat aber sehr darauf geachtet, daß wir die Verbrechen nicht als sichere Tatsachen darstellen, sondern als Information, der wir glauben und deretwegen wir protestieren. Vom Coca-Cola-Konzern gab es bisher keine Reaktion. Das könnte aber durchaus noch passieren: Zur Universität der Künste wurden Konzernvertreter geschickt, um den dortigen Boykott abzuwenden.

Was macht die Kampagne „Coca-Killer“?
Wir sind eine von vielen Kampagnen, die sich für einen Coke-Boykott einsetzen, aber unser Schwerpunkt liegt an den Berliner Schulen. Wir haben schon viele Schulen mit Aufklebern vollgeklebt. Als die Coca-Cola Company ein großes Weihnachtsfest vor dem Brandenburger Tor mit Sarah Connor und Jan Delay veranstaltete, hat rund ein Duzend junge Weihnachtsmänner zum Boykott aufgerufen. »Der Weihnachtsmann kündigt die Zusammenarbeit mit dem Coca-Cola-Konzern« war das Motto. Wir wurden innerhalb weniger Minuten vom Platz verwiesen, aber wir konnten immerhin einige tausend Flyer verteilen.

Aber man könnte einwenden, jeder Getränkehersteller beutet Arbeiter aus. Was soll die Kampagne bewirken?
Natürlich geht es bei der Kampagne erst mal darum, für einige hundert Beschäftigte bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. In den letzten Jahren mußte Coke zu den Morden in ihren Fabriken in Kolumbien Stellung nehmen, was sie früher strikt verweigert haben. Aber darüber hinaus setzen wir auch ein Zeichen: Uns Konsumenten in der westlichen Welt ist es nicht egal, auf welche Weise unsere Konsumgüter produziert werden. Gegen Verbrechen der großen Konzerne wehren wir uns, so gut wir können.

Wir unterstützen die Boykottkampagne der kolumbianischen Gewerkschaft, um darauf aufmerksam zu machen, wie ein solcher Konzern überhaupt arbeitet. Dabei wollen wir niemanden auffordern, Pepsi zu trinken – vielmehr geht es darum, ein besonders krasses Beispiel von Menschenrechtsverletzungen bekannt zu machen, um Bewußtsein darüber zu schaffen, wie die globale Wirtschaft funktioniert. Deshalb hoffen wir, daß sich ganz viele Schulen in Berlin dem Boykott anschließen. Wir sind keine besonders linke oder aktive Schule, und auch wir haben es geschafft!

www.coca-killer.de.tc

Gegen die Union der Kapitalisten Europas!

Die Europäische Union ist toll – aber nur für die Konzerne

Am 25. März 2007 kamen die Staats- und Regierungschefs der EU in Berlin zusammen. Als Höhepunkt verabschiedeten sie die „Berliner Erklärung". Darin wird behauptet, mit der „europäischen Einigung" wären die „Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen" worden. Gegen diese schamlose Heuchelei gingen auch wir jungen KommunistInnen auf die Straße, denn die EU ist keineswegs eine erfüllte „Hoffnung auf Frieden und Verständigung", sondern ein knallhartes Bündnis der europäischen Kapitalisten, um mit den USA konkurrieren zu können.

Zwangsheirat

Beispiel Deutschland: Um die Jahrtausendwende war der Gesamtumsatz der 12 größten deutschen Konzerne etwa doppelt so hoch wie der Gesamtumsatz der 12 größten Konzerne Frankreichs. Das zeigt, wie stark das deutsche Kapital ist. Dennoch hat Deutschland entscheidende Schwächen:

- € Es ist den USA wirtschaftlich stark unterlegen und hat einen verhältnismäßig kleinen Binnenmarkt.
- € Es hat einen schwächeren Bankensektor
- € Deutschland hat (auch im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien) keine traditionellen kolonialen oder halb-kolonialen Einflussgebiete
- € Die deutsche Armee ist keine fähige Interventionsmacht und besitzt keine Atomwaffen und
- € die deutsche Arbeiterbewegung ist noch nicht so krass geschwächt (wie z.B. die der USA)

Auch die anderen EU-Staaten sind für sich alleine nicht konkurrenzfähig. Der Grund für die „europäische Einigung" sind nicht irgendwelche „gemeinsamen Ideale" – der ganze Zweck der EU ist es, die Schwächen der europäischen Kapitalisten wett zu machen. *„So können wir die zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und den immer weiter wachsenden Wettbewerb nach unseren Wertvorstellungen gestalten"* – wie die Berliner Erklärung es ausdrückt.

Im Jahr 2000 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten die sogenannte Lissabon-Agenda. Mit diesem Programm setzten sie sich das Ziel, die EU bis 2010 zum „dynamischsten und wettbewerbfähigsten" Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Ausdrücklich geht es darum, die USA und Japan zu überholen.

Ob das auch gelingen wird, ist sehr fragwürdig, doch durch die Lissabon-Agenda und die immer wiederkehrenden Zwischenbilanzen wird immer wieder Druck gemacht, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um der US-Entwicklung hinterherzukommen.

Europäische Champions

Ein wichtiger Aspekt dieser Politik ist die Bildung von „europäischen Champions". So nennt man Gemeinschaftsunternehmen aus großen europäischen Konzernen. Das bekannteste Beispiel für so einen „Champion" ist der Luft- und Raumfahrtkonzern EADS.

EADS (European Aeronautic Defense and Space Company) wurde 1998 auf Initiative von Deutschland und Frankreich und mit Unterstützung der EU gegründet. Es ist der zweitgrößte Luft- und Raumfahrtkonzern der Welt mit einem Umsatz von fast 40 Milliarden Euro (etwa 30% davon kommen aus dem Militärbereich). Den Hauptanteil an EADS hält ein Zusammenschluss aus dem spanischen Staatsunternehmen SEPI, der französischen SOGEADE (bestehend aus dem französischen Staat und dem Legardere-Konzern) und dem deutschen Konzern Daimler-Chrysler.

EADS besitzt seit 2006 auch 100% (vorher 80%) der Anteile des Flugzeugbauers Airbus, dem einzigen nennenswerten Konkurrenten des US-Konzerns Boeing. Über EADS laufen verschiedenste Rüstungsprojekte, wie z.B. der Euro-Fighter, der Militärtransporter A 400M und die neue französische Atomrakete.

Militärisch hat die EU ohnehin jede Menge Nachholbedarf. Die USA sind der EU in der militärischen Entwicklung etwa 16 Jahre voraus! Weil die EU, wie in der Berliner Erklärung gesagt, *„auch weiterhin Demokratie, Stabilität und Wohlstand jenseits ihrer Grenzen fördern"* – also durch Unterstützung reaktionärer Machthaber, durch Krieg und Besatzung ihre Interessen durchsetzten – will, braucht sie eine eigene starke Militärmacht. Deswegen war im Entwurf zur EU-Verfassung auch die Verpflichtung zur Aufrüstung festgeschrieben. Deswegen wird die Einrichtung einer europäischen Streitmacht forciert. Erst kurz vor der 50-Jahr-Feier erklärte die derzeitige EU-Präsidentin Merkel: *„In der EU selbst müssen wir einer gemeinsamen europäischen Armee näher kommen"*.

Es geht darum, eigenständig die Interessen der EU-Kapitalisten durchsetzen zu können. Die Zeiten, in denen nur die USA über Cruise Missiles, Aufklärungsdrohnen und Präzisionswaffen verfügten, sind inzwischen vorbei, doch sind das nur erste Schritte auf dem Weg zur militärischen Unabhängigkeit von den USA.

Die „europäischen Champions" wie EADS, der weltgrößte Atomkonzern Framatome-ANP oder der geplante „Europäische Werftverbund" sind fast immer deutsch-französisch. Warum das so ist wird klar, wenn man bedenkt, dass das EU-Projekt von Anfang an auf dem Bündnis des französischen und des deutschen Imperialismus basiert und wenn man weiß, dass 56 der 100 größten europäischen Konzerne aus Deutschland und Frankreich kommen.

Ein freier Weltmarkt?

Die EU gibt sich gerne als Schützerin des freien Marktes. Doch sie schützt die eigenen Konzerne gegen die außereuropäische Konkurrenz – durch Subventionen, Aushebelung von Kartellgesetzten (besonders in der Rüstungsbranche) und einer Vielzahl von Staatsaufträgen.

Die Bildung von europäischen Konzernen erzwingen, wie die gesamte Lissabon-Agenda Angriffe auf die europäische Arbeiterklasse. So versuchte die EU mit dem „Port Package" die Ausbeutung der europäischen HafenarbeiterInnen zu erleichtern. Doch die wehrten sich und bestreikten Häfen in ganz Europa, so dass keiner der zwei Anläufe gelang. Bei der „Bolkestein-Richtlinie" verzichtete die Gewerkschaftsbürokratie auf Kampfaktionen und beschränkte sich auf Demonstrationen. Das hatte zur Folge, dass das Europäische Parlament der Richtlinie Ende 2006 zustimmte und nun nationale Mindeststandards bei Lohn, Arbeitszeit, Urlaub und Arbeitsschutz von den multinationalen Unternehmen umgangen werden können.

Spaltung durch Rassismus

Die Angriffe auf die Arbeiterklasse gehen einher mit Maßnahmen, die Lohnabhängigen entlang nationaler und kultureller Linien zu spalten, um sie gegeneinander auszuspielen. Die Berliner Erklärung nennt das so: *„den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen."* In der EU werden ethnische Minderheiten wie die Roma oder die BaskInnen unterdrückt und zu Kriminellen und Terroristen abgestempelt. Es wird mit dem Schlagwort vom „Kampf der Kulturen" systematische Hetze gegen Menschen mit islamischem Hintergrund gemacht. Die Außengrenzen der EU werden streng bewacht. Die „Festung Europa" ist abgeschottet gegen die Menschen, die versuchen dem Elend zu entfliehen, das die europäischen Kapitalisten in aller Welt anrichten. Wer es doch geschafft hat, lebt auch hier unter krassen Ausbeutungsbedingungen, in ständiger Angst vor der Abschiebung, die für einen Großteil Folter und Tod bedeutet.

Wir brauchen den Wisch nicht, der sich Berliner Erklärung nennt. Wir brauchen keine Europäische Union der Kapitalisten. Früher wie heute *„erklärt die Avantgarde des europäischen Proletariats seinen gegenwärtigen Herrschern: Um Europa zu vereinigen, ist es zu aller erst notwendig, die Macht euren Händen zu entreißen. Wir werden das machen. Wir werden Europa vereinigen. Wir werden es gegen die feindliche kapitalistische Welt vereinigen. Wir werden es in einen machtvollen Exerzierplatz des militanten Sozialismus verwandeln. Wir werden es zu einem Eckpfeiler der Sozialistischen Weltföderation machen."* (Leo Trotzki)

von Jalava aus Kreuzberg

Klassenkampf in 4.000 Meter Höhe

Die Situation in Bolivien ist nur auf der Oberfläche ruhig

Letztes Jahr gewann Evo Morales und seine Bewegung zum Sozialismus (MAS) die Präsidentschaftswahlen in Bolivien mit 54% der Stimmen. Der Amtsantritt des ersten indigenen Präsidenten in einem Land im Herzen Lateinamerikas, wo rund 70% der Bevölkerung ebenfalls Indigene sind, löste große Hoffnungen unter den Armen aus.

Nach den Massenaufständen im Oktober 2003 und Juni/Juli 2005, die mehrere Regierungen stürzten und Hunderte Tote forderten, sah es so aus, als könnte die Forderung der Aufständischen nach der Verstaatlichung der natürlichen Ressourcen des Landes endlich umgesetzt werden. Bolivien besitzt nämlich die zweitgrößte Erdgasreserven Lateinamerikas. Diese Ressourcen wurden bisher an multinationale Konzerne mehr oder weniger verschenkt, aber sie könnten dazu dienen, die erdruckende im Land mit einer Hauptstadt in 4.000 Meter Höhe zu beseitigen. Endlich gab es eine Regierung, die die Verstaatlichung der Erdgas- und Ölreserven auf die Fahne geschrieben hatte.

Doch ein Jahr später sind viele dieser Hoffnungen enttäuscht worden. Die „Verstaatlichung" wurde am 1. Mai 2006 angekündigt, aber diese Maßnahme beschränkte sich auf neue Verträge mit den multinationalen Konzernen, so dass diese mehr Steuern zahlen. Der bolivianische Vizepräsident sagte dazu: *„Das ist keine Verstaatlichung... Wir wollen einfach wissen, was sie tun, und mehr Sagen darüber haben."*

Die Versammlung

Das zweite große Versprechen von Morales war die Einberufung einer Konstituierenden Versammlung, um eine neue Verfassung zu erarbeiten und den korrupten alten Staatsapparat zu erneuern. Diese Versammlung trat im August zusammen und auch hier hatte die MAS die absolute Mehrheit gewonnen. Aber die ersten acht Monate wurden mit Verhandlungen über das Abstimmungsverfahren vergeudet. Die Regierung liess sich darauf ein, dass strittige Artikel der neuen Verfassung nur durch eine 2/3-Mehrheit beschlossen werden können, was der rechten Opposition ein Vetorecht gibt.

Gleichzeitig macht die Opposition in den reichen Provinzen des Ostens (wo die meisten Erdgasreserven sich befinden) mobil. Sie fordern „Autonomie", damit sie die Einnahmen vom Erdgas selbst behalten können, und drohen sonst mit der Abspaltung vom bolivianischen Staat.

Die Auseinandersetzungen zwischen links und rechts sprengen schon die von der MAS-Regierung festgelegten Grenzen. In der Stadt Cochabamba haben 40.000 DemonstrantInnen den Gouverneur (der gegen den Willen der Bevölkerung die Autonomie unterstütze) für abgesetzt erklärt. Aber die Regierung wollte die „verfassungsmässigen Ordnung" nicht verletzen und setzte diesen verhassten Bürokraten wieder ein. Bewaffnete faschistische Banden aus der östlichen Hauptstadt Santa Cruz hatten schon einen Bauern in Cochabamba erschossen.

Die Proteste

Unter den untersten Schichten ist Morales noch sehr populär – zum Beispiel in der armen Stadt El Alto neben La Paz liegen seine Umfragewerte bei 88%. Die herrschende Klasse Boliviens kann ebenfalls mit seiner Arbeit zufrieden sein, denn keinE andereR PolitkerIn wäre nach den Aufständen von 2003 und 2005 in der Lage gewesen, die Massen zu beruhigen.

Aber als die ArbeiterInnen und BauerInnen ihre eigene Erfahrungen mit der Morales-Regierung machen, wächst die Unzufriedenheit. Viele kritisieren die „Pseudoverstaatlichung" und gerade die ärmsten Schichten der Arbeiterklasse beginnen, neue Gewerkschaften zu bilden.

Die bolivianischen Gewerkschaften, schon immer sehr radikal, planen die Gründung einer eigenen politischen Partei für die Wahlen 2008. Neue Aufstände werden kommen – damit sie nicht wieder in einer reformistischen Sackgasse enden, brauchen die ArbeiterInnen eine revolutionäre Partei, die den bürgerlichen Staat nicht „erneuern", sondern stürzen will.

von Wladek aus Kreuzberg und Dave aus London

Wladek Flakin schrieb viele Berichte während einer Reise nach Bolivien in März/April, die auf Indymedia und in der jungen Welt veröffentlicht wurden. Links zu diesen Berichten gibt es auf unserer Website.



Schuhputzer in Sturmhauben

Die bolivianische Hauptstadt La Paz ist von Terroristen überrant worden! Zumindest sieht sie so aus. An jeder Ecke sitzen Männer mit schwarzen Sturmhauben, die PassantInnen mit einem etwas aggressiven Ton ansprechen. Aber diese „Terroristen" sind in Wirklichkeit „Lustrabotas", also Schuhputzer. Für 50 bolivianische Cent (rund 0,05 Euro) polieren sie Schuhe. Sie können recht aufdringlich sein, bei TouristInnen sogar mit einem bisschen Englisch: „Schüh-Schin?"

Genaue Zahlen gibt es nicht, aber einige tausend von ihnen arbeiten tagtäglich auf den Strassen von La Paz. Jeder Platz ist von einer Assoziation kontrolliert, die in der Regel rund 20 Mitglieder hat. Die Mitglieder zahlen einen Beitrag, tragen eine Weste mit dem Assoziationslogo und bekommen einen festen Platz, wo sie jeden Tag arbeiten.

An einem guten Tag kann ein Lustrabota mit einem festen Platz 80 pesos (rund 8 Euro) verdienen – das sind 160 geputze Schuhe! Normalerweise sind es 2-4 Euro. Dieser Lohn entspricht in etwa dem Durchschnittseinkommen in Bolivien. Also warum die Masken? Der Beruf des Schuhputzers ist nicht gerade gut angesehen.

Mit einem Diener zu Fusse sind die Kunden geradezu eingeladen, überheblich zu sein. Am Ende des Tages hat man immer schwarze Hände, weshalb sich die Lustrabotas nach der Arbeit umziehen und grossen Wert auf ein sauberes Image legen. Einige studieren nebenbei und wollen nicht von ihren Kommilitonen erkannt werden; Viele haben Frauen, Kinder oder Eltern, die von ihrem Beruf nichts wissen.

Es gibt auch riesige Vorurteile in der Bevölkerung. Fragt man einen Menschen auf der Strasse von La Paz, warum die Masken getragen werden, ist die Antwort meist: „La clefa", also die Einatmung von Klebstoff. Lustrabotes gelten als Alkoholiker oder Drogensüchtige. Dabei sind es meistens respektable Leute, die flexible Arbeitszeiten und keinen Chef haben wollen. Die Assoziationen haben strikte Regeln gegen Alkoholkonsum in der Nähe des Arbeitsplatzes.

So kämpfen die Lustrabotas für ihre Anerkennung als normale ArbeiterInnen, durch das Arbeitsministerium, durch die Gewerkschaften und durch die Bevölkerung im Allgemeinen. Manche, die einen Sessel für die Kunden besitzen oder in einem reicheren Viertel arbeiten (und dadurch immer die gleichen Kunden haben), tragen gar keine Maske. Aber bis die wirtschaftliche und politische Situation in Bolivien sich ändert, werden die "Terroristen" an jeder Ecke bleiben.

von Wladek aus Kreuzberg

http://de.indymedia.org/2007/04/172852.shtml

Bundeswehr erobert Schule!

Jedes Jahr findet am Paulus-Praetorius-Gymnasium in Bernau (bei Berlin) die „Ausbildungs- und Studienbörse" statt. Neben zahlreichen regionalen Unternehmen und Universitäten steht auch die Bundeswehr mit eigenem Truck auf dem Schulhof und wirbt für eine Karriere als ZeitsoldatIn.

Seit Jahren zieht diese öffentliche Bejubelung einer militärischen Berufslaufbahn auch immer wieder Proteste auf sich. 2003 hielten GegnerInnen der Bundeswehr direkt auf dem Schulhof Transpis und skandierten Parolen. 2004 wurde eine kleine Kundgebung direkt vor dem Schulgelände organisiert. Da die Aktion öffentlich bekannt war, hatte die Schulleitung Polizeischutz für ihre Veranstaltung heran beordert. Diese patrouillierte um und über das Schulgelände und filmte fleißig die TeilnehmerInnen der Anti-Bundeswehr-Kundgebung.

Dieses Jahr fand sich endlich wieder eine kleine Gruppe von AktivistInnen zusammen (darunter Schüler des PPG, Solids, Antifas und Revos aus Bernau), die die Werbung der Bundeswehr an ihrer Schule nicht kommentarlos hinnehmen wollten. Unter dem Slogan „Bundeswehr – ein todsicherer Job" sollten die BesucherInnen der Ausbildungsbörse am 30. März über die eigentlichen Hintergründe deutscher Auslandseinsätze informiert werden.

Soweit kam es allerdings nicht, denn der Schulleitung wurde gleich am Morgen des besagten Tages ein Grund geliefert, erneut die Polizei auflaufen zu lassen, um jegliche öffentliche Kritik an der Bundeswehr im Keim zu ersticken. In der Nacht zum 30. März hatte einE UnbekannteR den Spruch „Soldaten sind Mörder im Namen des Kapitals" an die Rückwand der Schule gesprüht – ein ziemlich harmloser Propagandadelikt, Verglichung mit der Verherrlichung von Krieg und Mord, die am nächsten Tag von der Bundeswehr betrieben wurde!

Daraufhin wurde der grün gekleidete Inhalt von 2 Mannschaftswagen der Polizei vor, hinter und auf dem Schulgelände postiert. Dass der/die böse SprayerIn nicht nochmal mit der Farbdose in der Hand vorbeikommen würde um das Kunstwerk zu betrachten, dürfte allerdings klar gewesen sein.

Die grünen Herren waren nur anwesend, um potentielle BundeswehrgegnerInnen einzuschüchtern und im Zweifelsfall sofort einzukassieren. Der Gedanke an Repressalien reichte aus, um fürs erste alle Protestaktion abzuhalten.

Besonders krass: Ein Solid-Aktivist, der von der Gegenaktion wusste, wurde von der Polizei mit vollem Namen (!) angesprochen als er die Ausbildungsbörse betreten wollte. Er wurde auf die geplante (und eigentlich geheim gehaltene) Aktion angesprochen und angewiesen, jegliche Proteste zu unterlassen. Zudem wurden seine Personalien aufgenommen.

In unserer Schule sah man den Frieden und die Demokratie, die die Bundeswehr angeblich rund um die Welt verteidigen will: Repression zum Schutz der herrschenden Ordnung. Klar ist, dass wir trotzdem – oder gerade deswegen – nicht leise sein werden!

von Tom aus Bernau



Frieden für deutsche Wirtschaftsprofite...

Flugblatt gegen die Bundeswehr bei einer Jobbörse

Ganz Deutschland war sich im März 2003 einig: „Krieg ist keine Lösung". 85% der Bevölkerung waren gegen den Irak-Krieg. Eine halbe Millionen Menschen demonstrierten für den Frieden und mit ihnen u. a. auch PolitikerInnen von Rot-Grün. Wenn Mitglieder der Regierungsparteien für ihre eigene Politik auf die Straße gehen, dann ist das nicht nur absurd, sondern hat dann auch immer ganz spezielle Gründe. Das Anliegen, welches hinter der deutschen „Friedenspolitik" wirklich steckt: Die deutsch- irakischen Wirtschaftsbeziehungen sind traditionell eng und sollen nicht gefährdet werden, denn Deutschland ist einer der Hauptexporteure in die Länder des Nahen Ostens. Somit konnte sich eine politische Neuordnung der Region nur negativ für Deutschland auswirken. Hinter der Anti-Kriegs Haltung der Bundesregierung verbarg sich also lediglich der Gedanke „Frieden für deutsche Wirtschaftsprofite".

Nach der Friedensdemonstration

Sechs Tage nach der größten Friedensdemonstration seit über 20 Jahren zeigte sich, wie wenig die Bundesregierung auf Abrüstung und militärische Zurückhaltung gibt, wenn es um die deutschen Streitkräfte geht. So wurde noch im März eine neue verteidigungspolitische Richtlinie erlassen, welche den Aus- und Umbau der deutschen Bundeswehr zur internationalen Kampftruppe besiegelt.

Das Ziel der europäischen und deutschen Außenpolitik ist es, schnell und möglichst flexibel dort einzugreifen, wo eigene Einflusssphären bedroht sind oder ausgebaut werden können.

So heißt es im Weißbuch der Bundeswehr, welches vom 2006 vom Verteidigungs-Ministerium herausgegeben wurde: „Hierbei gilt es wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, sich besonders den Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, zuzuwenden."

Um diese eigenen Vorgaben auch zu erfüllen, beteiligte sich die Bundeswehr – ohne jegliche öffentliche Diskussion – dann auch am ersten Kampfeinsatz der EU- Eingreiftruppe im Kongo. Dies zeigt deutlich, dass die Ablehnung des Irak-Krieges und der Kriegseinsatz im Kongo keinesfalls zwei widersprüchliche Fakten sind sondern, dass sich vielmehr bei beiden jeweils wirtschaftliche Interessen mit dem Bedürfnis nach internationaler Profilierung verbinden lassen.

Im Kapitalismus stehen die Unternehmen jedes Landes und somit die Länder an sich, in scharfer Konkurrenz zueinander. Die Wirtschaft jeder Nation strebt nach maximalem Profit. Aus diesem Grund müssen auch deutsche Unternehmen stets expandieren und neue Absatzmärkte erschließen.

Wozu Auslandseinsätze gut sind

Mit militärischen Interventionen versucht auch Deutschland, seine nationalen Interessen in der Welt zu vertreten. Der bewaffnete Einsatz der Bundeswehr zur „Friedenssicherung" im Kongo fand also nicht zufällig in einem der rohstoffreichsten Länder Afrikas statt. Das Bundes- Verteidigungsministerium sagte in diesem Zusammenhang, dass „Stabilität in der rohstoffreichen Region" im Interesse "der deutschen Wirtschaft" sei.

„Der Kongo ist eines der ressourcenreichsten Länder der Welt und verfügt vor allem über strategische Rohstoffe, die für Europa wichtig sind: Wolfram, Mangan- und Chromerze, Kobalt, Uran, Erdöl, Coltan, Beryllium." (Andreas Schockenhoff, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Kriege sind nur eine logische Konsequenz aus nationalen kapitalistischen Interessen. Auch alle internationalen Interventionen, sowie internationale Bündnisse (sowohl NATO-Einsätze als auch UN-Missionen) sind in diesem Sinne zu verstehen. Es bringt somit augenscheinlich auch nichts, für den Frieden zu demonstrieren, wenn man keine Kritik an der Logik des kapitalistischen Systems mit sich bringt.

Die Bundeswehr präsentiert sich nun als vermeintlich „normaler Arbeitgeber" an der Jobbörse. In Zeiten , in denen Ausbildungs- und Arbeitsplätze knapp sind, versucht sie, Jugendlichen das „Abenteuer Bundeswehr" schmackhaft zu machen. Nicht nur an Schulen und Arbeitsämtern sondern auch mit einem Bundeswehr- Volleyball- Turnier und ähnlichen Veranstaltung, wird für die deutschen Streitkräfte geworben. Dabei geht es auch darum, Militarismus in der Mitte der Gesellschaft zu etablieren, als scheinbar völlig normales Mittel, um nationale Interessen zu sichern und Konflikte zu lösen.

Deshalb fordern wir:
Bundeswehr runter vom Schulhof!!!

www.NoBundeswehr.Blogsport.de

Die Aprilthesen

Im April beschlossen die Bolschewiki einen Fahrplan der Revolution

Die Russische Revolution hatte im Februar 1917 begonnen, aber im April war nicht klar, wie sie enden würde. Sowohl die bürgerlichen Politiker als auch die reformistischen Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre wollten eine demokratische Republik, also eine kapitalistische Staatsform, als logischen nächsten Schritt nach dem Sturz der Monarchie. Doch im April stellte die revolutionäre Partei der Bolschewiki eine sozialistische Arbeiterrepublik als Ziel der Revolution auf.

Der Sturz des Zaren

Beim Aufstand im Februar, der die Diktatur des Zaren stürzte, spielten bolschewistische ArbeiterInnen eine zentrale Rolle, aber sie hatten keine festen Strukturen. Die bedeutendsten Köpfe der Partei waren im Exil, im Gefängnis oder in der Verbannung. Den Bolschewiki fehlte vor allem eine klare Perspektive für die Revolution. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre hatten die Theorie, dass auf die Monarchie zwangsläufig eine bürgerliche Demokratie folgen müsste, damit in den nächsten Jahrzehnten der Sozialismus durch Reformen eingeführt werden könnte. Deswegen verschenkten sie die Revolution im Februar an das bürgerliche Parlament.

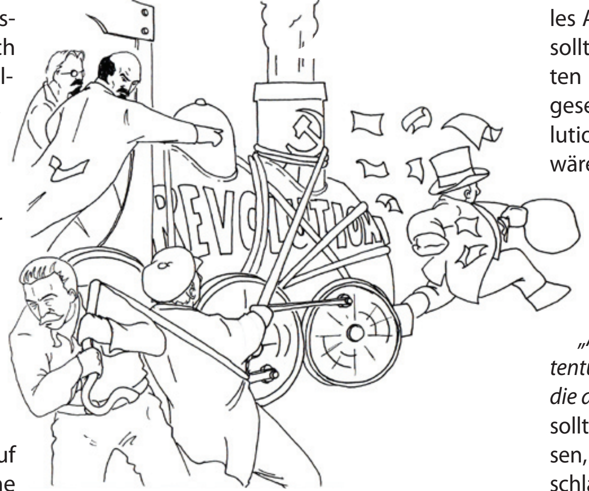
Die Bolschewiki hatten schon erkannt, dass der Sozialismus nur durch eine weltweite proletarische Revolution entstehen könnte. Aber auch ein Großteil von ihnen hielt das rückständige Russland für unreif für den Sozialismus. Für diese Bolschewiki sollte die Revolution ebenfalls zur Schaffung einer bürgerlichen Republik führen – aber es gab großen Streit innerhalb der Partei darüber, ob diese Aufgabe der bürgerlichen Regierung überlassen werden sollte oder ob die ArbeiterInnen den Kampf für die bürgerliche Republik führen müssten.

Leo Trotzki, ein junger Revolutionär, der mit einer kleinen Gruppe vergeblich versuchte, die Menschewiki und die Bolschewiki wieder zu versöhnen, hatte als Lehre aus der russischen Revolution von 1905 eine andere Theorie entwickelt: Weil die ArbeiterInnen die Revolution führen und am Ende selbst die Macht übernehmen müssen, können sie keineswegs bei einer kapitalistischen Ordnung stehen bleiben. Sie müssen ihre eigenen sozialistischen Forderungen umsetzen. Die Revolution soll direkt von einer bürgerlichen in eine sozialistische übergehen – er nannte es eine „permanente Revolution".

Der Grundlage der Theorie wurde bestätigt, denn die ArbeiterInnen trieben die Russischen Revolution voran, während die Parteien der Kapitalisten zögerten und am Zaren hängenblieben. Aber würde es möglich sein, im Agrarland Russland eine sozialistische Ordnung aufzubauen?

Die Rückkehr Lenins

Am 3. April (nach unserem Kalender der 16. April) kam die wichtigste Führungsfigur der Bolschewiki, Wladimir Illitsch Lenin, in St. Petersburg/Petrograd an. Er kam aus dem Schweizer Exil in einem eisernen Zug, den der deutsche Generalstab zur



Verfügung gestellt hatte. Die kaiserlichen Militärs hofften, die Agitation der russischen RevolutionärInnen würde die russische Armee noch schneller zusammenbrechen lassen.

Manche Kritiker der Bolschewiki behaupten deswegen, die ganze Oktoberrevolution sei nur ein von Kaiser Wilhelm finanzierter Putsch gewesen. Aber die Russische Revolution und die von ihr inspirierten Aufstände der ArbeiterInnen in Deutschland haben die kaiserliche Ordnung gestürzt – schliesslich schrieb der deutsche Generalstabschef in seinen Memoiren, diese Unterstützung für Lenin sei der grösste Fehler seines Lebens gewesen!

Als Lenin ankam, dachte auch die Mehrheit der bolschewistischen Führung, sie müssten die bürgerliche Revolution in Russland verteidigen, was nichts anderes hätte bedeuten können als den verheerenden Krieg gegen Deutschland fortzusetzen. Die bolschewistischen ArbeiterInnen und Soldaten wollten weder den Krieg fortführen noch sich der Führung der kapitalistischen Parteien unterwerfen, aber sie sahen keine konkrete Alternative. Schließlich konnten sich Stalin die „alte Garde" der Bolschewiki auf das traditionelle Parteiprogramm berufen.

Eine Revolution in Permanenz

Direkt nach seiner Ankunft stellte Lenin eine ganze andere Perspektive und eine radikale Änderung des Parteiprogramms auf. Seine Thesen über „die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution" erklärten den Sozialismus zum Ziel. Die aufständischen Massen durften die bürgerliche Regierung und ihren desaströsen Raubkrieg nicht unterstützen. Der Krieg war ein Produkt des kapitalistischen Systems und konnte nur durch den Sturz des Kapitalismus beendet werden.

Die Aufgaben einer bürgerlichen Revolution (etwa die Abschaffung des Adels, die Trennung von Staat und Kirche, die Verteilung des Landes an die Bauern, ein Parlament, eine Verfassung, bürgerliche Freiheiten usw. usf. – das sind alles Aufgaben, die die Bourgeoisie selbst erfüllen sollte, wie in der Französischen Revolution) konnten nicht von der russischen Bourgeoisie durchgesetzt werden. Sie wusste: wenn sie eine revolutionäre Bewegung vom Zaun brechen würde, wäre ihre eigene Herrschaft bald in Gefahr.

Um die Revolution fortzuführen, mussten die Arbeiter- und Bauernräte (auf Russisch: Sowjets) ihre eigene Herrschaft in Form einer Arbeiterrepublik mit Rätedemokratie durchsetzen. Zentral in Lenins Thesen war die *„Abschaffung der Polizei, der Armee, des Beamtentums, d.h. Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Bewaffnung des Volkes"*. Die Sowjets sollten nicht den bestehenden Staat beeinflussen, kontrollieren, oder übernehmen, sondern zerschlagen und einen Arbeiterstaat nach dem Vorbild der Pariser Kommune aufbauen.

Das Problem, dass Russland so rückständig war, konnte dadurch überwunden werden, dass die sozialistische Revolution sich rasch (oder: permanent) auf Industrieländer wie Deutschland ausdehnen würde. *„Das russische Proletariat darf nicht vergessen, dass seine Revolution Teil einer weltweiten revolutionären Bewegung ist"* erklärte Lenin dazu.

Diese Thesen wurden auf einer Konferenz Anfang April debattiert und schließlich beschlossen. Damit hatten die Bolschewiki weitgehend Trotzkis Theorie der permanenten Revolution übernommen und die Grundlage für eine Fusion mit seiner Gruppe war gegeben.

Das Funktionieren der Bolschewiki

Diese Änderung der Perspektive der Bolschewiki macht ihre Funktionsweise als revolutionäre Partei klar. Die Partei wurde nicht einfach von Lenin herumbefohlen, sondern er musste für eine Mehrheit für seine Politik kämpfen. Er konnte die Abstimmung gewinnen, weil seine Perspektive den Erfahrungen der bolschewistischen ArbeiterInnen entsprach.

Die Bolschewiki blieben also nicht bei einer „unfehlbaren" Parteilinie, sondern waren auch bereit, drastische Änderungen vorzunehmen, als der Klassenkampf sie vor neue Herausforderungen stellten. Sie hatten keine allmächtige Führung, sondern die Basis konnte die Politik der Partei bestimmen. Deswegen waren die Bolschewiki in der Lage, später eine führende Rolle in der Revolution zu spielen.

Aber noch waren sie eine kleine Partei ohne nennenswerten Einfluss in den Sowjets. Sie hatten nun das Ziel der Rätemacht, aber um das zu verwirklichen, mussten sie die Unterstützung der Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen. Dazu waren langwierige Überzeugungsarbeit, eigene Erfahrungen der Massen und auch harte Rückschläge der Reaktion nötig. Es sollte rund sechs Monate dauern. Denn die Aprilthesen zeigten lediglich den Weg – es dauerte bis Oktober, bis dieser Weg eingeschlagen werden konnte.

von Wladek aus Kreuzberg

die Revolution ging nach Februar weiter – diese Serie auch

„Die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution":
http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/04/april.htm



300

Es ist ziemlich cool zu sehen, wie ein antiker Krieger ein rennendes Nashorn mit einem Speer tötet. Aber warum jetzt? Warum brauchen wir im Jahr 2007 einen Film über die Schlacht von Thermopylen, 2487 Jahre nach dem Ereignis?

Im Jahr 480 v.Chr. wurde Griechenland vom persischen Kaiser Xerxes I. bedroht und der spartanische König Leonidas leistete Widerstand. Heutzutage droht ein noch schlimmerer persischer Tyran die freie Welt und der moderne Leonidas heißt George Bush. Die USA und die EU machen Stimmung für einen Krieg gegen den Iran, und Hollywood erklärt das Ganze für Teenager.

Die Message des Films? Perser sind böse. Erstens: sie sind schwul! Nicht im homoerotischen Sinne der spartanischen Krieger, die in Unterhosen rumlaufen und ihre muskulösen, schwitzigen Körper eng aneinander halten – die Perser sind schlicht weiblich. Xerxes trägt viel Schmuck und Makeup. Zweitens: die Perser sind Schwarze bzw. Braune, Deformierte, Lesben und deformierte Lesben. Selbstverständlich veranstaltet Xerxes Orgien in seinem Zelt, während in Sparta Sex nur zwischen einem Mann und einer Frau stattfindet – zur Kindererzeugung, wie Gott (oder Zeus) es will.

Die 300 spartanischen Helden müssen losziehen, um „Ehre", „Freiheit", und „unser Land" zu verteidigen. Das spartanische Gesetz verlangt, dass die Priester so einen Militärfeldzug genehmigen müssen, aber sie verweigern die Zustimmung. Doch wieso soll ein kriegsgeiler König sich von Gesetzen aufhalten lassen? Er zieht trotzdem in den Krieg – und wenn es damals richtig war, sind rechtswidrige Angriffskriege gegen böse Perser jetzt nötiger denn je!

Dann folgen rund 100 Minuten Abschlachten von schwarzen und braunen Menschen. Das Drehbuch besteht ausschliesslich aus der 1000fach wiederholten Parole: *„Keine Gnade! Keine Gefangenen!"* Am Ende könnte man fast glauben, dass die Spartaner für die Freiheit und die Demokratie kämpften. Doch Sparta, eine militärische Monarchie, bestand zu einem Drittel aus Sklaven. Neben den 300 heroischen Spartanern starben auch 900 ihrer Sklaven, aber sie erscheinen kein einziges Mal in diesem Film.

Die Diskussionen um „300" werden sicherlich um Special Effects und Farbpaletten drehen. Aber wir halten fest: nur billige Kriegspropaganda für 60 Millionen Dollar!

von Huey aus Kreuzberg



Rage Against the Machine

Wie sagte schon Mary Morello, Mutter des Gitarristen von Rage Against the Machine, 1994 auf einem seiner Konzerte: *„... the best band in the fucking universe!"* Gut, diese subjektive Äußerung muss man nicht unbedingt teilen, aber eins steht fest: Rage Against the Machine (RATM) lieferten in den 90ern *die* Musik zur Revolution, nicht nur in den USA, sondern auf der ganzen Welt.

Lieder wie „Killing in the Name" und „Guerilla Radio" machten sie populär und vermittelten im Crossover-Stil politische Messages wie Antikapitalismus oder Solidarität mit ZapatistInnenen – weit über die Grenzen der Linken hinaus, auch auf Mainstream-Medien wie MTV oder sogar das Skateboard-Computerspiel „Tony Hawk's Pro Skater 2".

Doch im Jahre 2000 trennte sich Sänger Zack de la Rocha von seinen Genossen Tim Commerford (Bass), Tom Morello (Gitarre) und Brad Wilk (Schlagzeug) wegen „künstlerischer Differenzen". Doch selbst das konnte sie nicht ruhig stellen. Tom, Chris und Brad gründeten mit dem Ex-Soundgarden Sänger Chris Cornell die Band „Audioslave", welche (zumindest in den USA) auch sehr bekannt wurde. Audioslave war, ganz im sinne ihrer Vorgänger-Band, auch politisch aktiv. So waren sie die erste US-amerikanische Band, die ein Konzert auf Kuba gaben.

Auch Zack blieb nicht untätig. Das versprochene Soloalbum blieb aus. Aber als die USA 2003 in den Irak einmarschierten veröffentlichte er auf seiner Website den Protestsong „March of Death" und später noch „We Want it All".

Doch Audioslave hat sich dieses Jahr aufgelöst und bei Zack scheint jetzt auch nicht mehr allzuviel los zu sein. Das wäre doch der perfekte Zeitpunkt, um sich nocheinmal zu vereinen, oder? Richtig!

Kaum zu glauben aber wahr: Rage Against the Machine wettern wieder gegen das System, und zwar am 29. April auf dem „Coachella Festival" in Kalifornien. Desweiteren werden sie zusammen mit dem Wu Tang Clan drei weitere Konzerte in den USA spielen.

Ob die Jungs von RATM uns noch mit weiteren Konzerten erfreuen werden oder sogar ein neues Album aufnehmen werden bleibt abzuwarten. Aber in den Zeiten von George Bush und seinem „Krieg gegen den Terrorismus" hat uns ihre Stimme bitter gefehlt.

von Biber aus Köpenick

Organize

REVOLUTION ist eine internationale kommunistische Jugendorganisation. Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus. Zusammen mit GenossInnen auf der ganzen Welt treten wir für eine World Revolution ein. Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

Revo Berlin

Treffen: Café Rojo – siehe Seite 2
☛ www.revolution.de.com
berlin@revolution.de.com

Revo Bernau

Treffen: jeden Mittwoch um 15.15 Uhr
Dosto, Breitscheidstr. 43a (Kulturhof)
☛ www.revolution-bernau.de.vu
bernau@revolution.de.com

Revo Plauen

Treffen: jeden Freitag – Ort erfragen
☛ www.revolution-plauen.de.vu
plauen@revolution.de.com

Revo Wolfsburg

Treffen: jeden Donnerstag um 17.30 Uhr
Jugendhaus Ost, Walter-Flex Weg 2
☛ www.revolution-wolfsburg.de.vu
wolfsburg@revolution.de.com

Revo Weltweit

International ☛ www.iREVOLUTION.int.tc
CH ☛ www.revolution.ch.tc
CZ ☛ www.revo.cz.tc
AU ☛ www.revo.au.tt
„Partei"jugend ☛ www.worldrevolution.info
UK ☛ www.worldrevolution.org.uk
SE ☛ www.revolution.se
AT ☛ www.revolution-aus



Unabhängigkeits-erklärungen

mit Texten von Liebknecht, Lenin, Trotzki usw.



Der Weg zur Revolution

Manifest von REVOLUTION

Do It Yourself!

Eine REVOLUTION-Gruppe vor Ort selber aufbauen.

Forum

Willst du diskutieren?
Dann besuche das Revo-Forum:
☛ http://forum.revolution.de.com

V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg

SchülerInnen in Bewegung

Über 5.000 waren beim Schulstreik in Berlin am 24. April!

Die deutsche Hauptstadt erlebte am 24. April erneut eine überraschend große Schülerdemo. Mehr als 5.000 Jugendliche (die Polizei sprach von 1.600) demonstrierten durch die Innenstadt, um das Recht auf Bildung und Ausbildung zu fordern. Im Anschluß spielten der Rapper Prinz Pi und die Skaband Gingsengbonbons vor dem Roten Rathaus.

„Es ist super, daß trotz der kurzen Mobilisierungszeit so viele Schüler gekommen sind", sagte Raphael (17) von der Schülerinitiative „Bildungsblockaden einreißen!", die zum Schulstreik aufgerufen hatte. Das Konzert wurde organisiert von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der DGB-Jugend und der Landesschülervertretung unter dem Motto „Ausbildung für alle – jetzt!" Für die Mobilisierung zu beiden Veranstaltungen waren nur neun Tage nach den Osterferien Zeit, aber selbst die Kurznachrichten auf den Bildschirmen in der U-Bahn hatten am Tag zuvor die Aktion angekündigt.

Die Forderungen der Schüler

Bachy, eine Gymnasiastin aus Lichtenberg von der Jugendgruppe REVOLUTION, präsentierte auf der Abschlußkundgebung die Forderungen der Schülerinitiative: Neben der Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen und der Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit verlangten die DemonstrantInnen auch den Verzicht auf Studiengebühren und die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Die Vorsitzende der GEW Berlin, Rose-Marie Seggelke, sprach über die katastrophale Ausbildungsplatzsituation in Berlin: Nicht mal jedeR zweite Jugendliche erhält unmittelbar nach der Schule eine Lehrstelle.

Der 18jährige David kam mit einer Spontandemonstration von rund 200 SchülerInnen aus Berlin-Weißensee. Die Jugendlichen liefen die Greifswalder Straße hinunter und wurden mit Applaus in Mitte empfangen. Manche LehrerInnen brachten ihre Klassen auf die „Workparade" der GEW mit, aber das war eher die Ausnahme. Die Mobilisierung der Gewerkschaft beschränkte sich darauf, Flugblätter an die Schulen zu verschicken und zu hoffen, dass die LehrerInnen den Protest organisieren würden. Wesentlich effektiver war die Agitation der Schülerinitiative, die die SchülerInnen direkt aufrief, selbst aktiv zu werden.

Linke AktivistInnen von Antifa-Gruppen, sozialistischen Organisationen, Studentengruppen und auch des Linkspartei-Jugendverbandes ['solid] verteilten Flugblätter zum 1. Mai und zum G8-Gipfel im Juni. Nach ihren Gründen zum Streiken gefragt, antwortete die 17jährige Julia: *„Weil ich die Welt verändern will"*. Viele TeilnehmerInnen teilten diese Einstellung: neben den traditionellen Parolen wie *„Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!"* wurde immer wieder die Parole *„One Solution: Revolution!"* skandiert.

Die Berliner Polizei erklärte, es habe keine Zwischenfälle gegeben. Aber Manuel (19), der nach dem letzten Schulstreik verhaftet worden war und vier Monate in Untersuchungshaft saß, wurde kurzzeitig erneut festgenommen.

Wir von der unabhängigen kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION haben zusammen mit anderen linken Jugendlichen in der Schülerinitiative „Bildungsblockaden einreißen!" den Schulstreik organisiert. In der Woche vor dem Streik waren wir jeden Tag unterwegs, um Flugblätter zu verteilen und Plakate zu kleben. Wir waren bemüht, die Basis der Schülerschaft für den Streik zu organisieren, wobei es im Vergleich zum letzten Streik viel weniger Zeit dafür gab.

Bildet Anti-G8-Gruppen!

Die SchülerInnen, die für den Streik aktiv geworden sind, sollen weiterhin aktiv bleiben. Deshalb schlagen wir vor, an allen Berliner Schulen Anti-G8-Gruppen zu bilden, die vor Ort gegen den G8-Gipfel Anfang Juni mobilisieren.

Viele linken Jugendgruppen waren in den letzten Wochen mit internen Streitigkeiten in der Linkspartei.PDS oder der WASG zu beschäftigt, um sich ernsthaft an der Vorbereitung des Streiks zu beteiligen. Das ist für uns ein weiteres Zeichen dafür, dass eine unabhängige und revolutionäre Jugendorganisation nötig ist, um konsequent für die Rechte der Jugend zu kämpfen.

Das kapitalistische System macht Bildung zu einer Ware, die nach den Gesetzen des freien Marktes ge- und verkauft wird. Das bedeutet Gebühren auf der Uni, Bildung nur für die Elite, keine Ausbildungsplätze für einen großen Teil der Jugendliche usw. usf. Wenn wir ein selbstbestimmtes Bildungssystem wollen, reicht es nicht, die Regierung darum zu bitten – es läuft kein Weg daran vorbei, dass wir uns selbst organisieren, um die Kontrolle über das Bildungssystem und die gesamte Gesellschaft zu erkämpfen. Wie wir eben gesagt haben: **One Solution: Revolution!**

< REVOLUTION



☛ http://de.indymedia.org/2007/04/173852.shtml

